



Berlin, 9. Sept. 2021

STELLUNGNAHME ZUR ANTWORT DES BERLINER SENATES AUF DIE KLEINE ANFRAGE DES ABGEORDNETEN SEBASTIAN WALTER (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ZUR RASSISTISCHE DATENERHEBUNG BEIM BERLINER NOTDIENST KINDERSCHUTZ UND DEN BERLINER JUGENDÄMTERN

DIE SENATSVERWALTUNG FÜR BILDUNG, JUGEND UND FAMILIE HAT DIE ZUGEHÖRIGKEIT VON SINTI* UND ROMA* DURCH DEN BERLINER NOTDIENST KINDERSCHUTZ (BNK) OHNE DAS WISSEN UND DIE EINWILLIGUNG DER BETROFFENEN GESONDERT ERFASST, OBWOHL DIE MINDERHEITENZUGEHÖRIGKEIT STAATLICH NICHT ERHOSEN WERDEN DARF.

Die regelwidrige Erfassung ist schockierend und erinnert an die dunkle Vergangenheit der systematischen Erfassung von Roma* und Sinti* in Deutschland, die zu Deportationen und Völkermord führte.

Die Antwort des Berliner Senates auf die schriftliche Anfrage (<https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-28317.pdf>) finden wir, um es milde zu formulieren, nicht zufriedenstellend. Besonders befremdet uns die Erwähnung von Selbstorganisationen von Sinti* und Roma* in einer Weise, die den Anschein erweckt, als ob diese in irgendeiner Weise von diesen Vorgängen informiert gewesen wären oder sogar für gut befunden hätten. Dies ist irreführend und schlichtweg falsch.

Dass Daten zu „Merkmal zur Zugehörigkeit“ erhoben wurden kann an dieser Stelle nicht genug skandalisiert werden. Dies hilft eben nicht dabei, Diskriminierung abzubauen, wie die Antwort von Jugend- und Familiensenatorin Sandra Scheeres (SPD) suggerieren will. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Der sogenannte „Personenkreis“ ist keine heterogene Gruppe und nicht einzig durch „Armut“ geprägt oder gar „schwer zu integrieren“. Auch das klingt in der Antwort des Senates an. Sinti* und Roma* leben seit Jahrhunderten inkludiert in europäischen Gesellschaften, erst die Markierung und damit verbundene Diskriminierung führt zu Ausschluss und dem in der Antwort angesprochenen Armut.

Interessant wäre in diesem Zusammenhang zu erfahren, wie die Berliner Behörden glaubten, Sinti* und Roma* zu erkennen? Welche Kriterien gaben Sie für die angeforderten Erfassungen an? Wir erahnen einmal mehr, wie unglaublich groß der Bedarf an Schulungen und Aufklärung gegen Antiziganismus der Berliner Verwaltungen ist.

Wir fordern vollständige Transparenz zu der Datenerfassung sowie der noch daran beteiligten Behörden«. Diese hoch sensiblen Daten können Menschen massiv in Gefahr bringen und müssen daher sofort vernichtet werden. Dass die Daten einzig einem kleinen Personenkreis zugänglich waren, finden wir und er Antwort weder glaubwürdig noch schlüssig dargelegt. Des weiteren müssen die Betroffenen über ihre Erfassung unterrichtet werden.

Wir schließen uns dem ausführlichen Frage- und Forderungskatalog (<http://www.romnja-power.de/wp-content/uploads/2021/08/Presseerklaerung-Erfassung-Jug.pdf>) zur Herstellung vollständiger Transparenz des feministischen Romnja-Verein Romani Phen an.

Weitere Informationen zu unserer Arbeit und den Bündnismitgliedern finden Sie unter <http://bare.berlin>

PRESSEKONTAKT:

Irene Eidingen

BARE: Bündnis gegen Antiziganismus und für Roma*-Empowerment

c/o RomaTrial e.V.

Weydingerstraße 14-16

10178 Berlin

0049 176 2787 9668

irene.eidingen@bare.berlin